

Wenn z. B. auf der Kreisdelegiertenkonferenz in Fürstenwalde von verschiedenen Diskussionsrednern nachgewiesen worden ist, daß die Traktoristen der MTS ihren Verpflichtungen gegenüber dem sozialistischen Sektor in der Landwirtschaft nicht nachkommen und den privaten Sektor bevorzugen — manchmal sogar ohne Vertragsabschluß —, so beweist das, daß einige Parteiorganisationen in den MTS die Beschlüsse des 25. Plenums und der IV. LPG-Konferenz mißachtet haben und die parteilosen Werktätigen nicht geduldig davon überzeugen, daß der sozialistischen landwirtschaftlichen Großproduktion die Zukunft gehört.

### **Die Mitarbeiter des Staatsapparats für ihre Aufgaben befähigen**

Politisch führen heißt nicht nur, daß die Parteileitung eine Lage konkret und umfassend einzuschätzen, sondern auch die jeweilige Hauptaufgabe herauszufinden und durchzuführen versteht, die sich aus einer derartigen Einschätzung ergibt. Auf der 10. Tagung der Bezirksleitung Frankfurt/Oder im November 1955 erläuterte der 1. Sekretär der Bezirksleitung, Genosse Grüneberg, daß viele Fehler in der Arbeit des Staatsapparats auf mangelhafte Arbeit mit den Menschen zurückzuführen seien.

Es war also richtig, daß sich das Büro der Bezirksleitung einige Wochen später mit der Kaderarbeit im Rat des Bezirks und im Rat des Kreises Bad Freienwalde beschäftigte. Dabei erkannte die Bezirksleitung, daß die Parteiorganisationen im Staatsapparat keinen wirklichen Kampf um die Durchführung solcher für den Bezirk Frankfurt/entscheidenden Beschlüsse wie des Beschlusses des Politbüros über die weiteren Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Perspektivplans des Rats des Bezirks geführt hatten, daß der sozialistische Sektor der Wirtschaft zugunsten des privaten Sektors benachteiligt worden war und daß die Fluktuation der Mitarbeiter in den vergangenen Jahren bei 50 Prozent lag.

Der Beschluß über die Kaderarbeit beim Rat des Bezirks und Rat des Kreises Bad Freienwalde trug diesem Zustand Rechnung. Aber wir möchten die Aufmerksamkeit der Bezirksleitung in diesem Zusammenhang besonders auf den Punkt des Beschlusses des 25. Plenums lenken, in dem gefordert wird, die Aufgaben und Kompetenzen der örtlichen Organe des Staates zu erweitern, ihnen größere Vollmachten hinsichtlich des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus auf ihren Territorien zu geben und dabei besonders die qualitative Verstärkung der leitenden Staatsorgane in den Kreisen, Städten und Gemeinden zu beachten. Es ist doch ein Beweis für die Unterschätzung der unteren Staatsorgane, wenn man Genossen als Bürgermeister einsetzen will, die wegen moralischer Verfehlungen bereits aus dem Apparat des Rats des Bezirks entfernt werden sollten. Auch das Prinzip der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung, das sich in den Volksvertretungen der DDR verkörpert, hat sich noch nicht genügend durchgesetzt, sonst wäre es möglich gewesen, die rund 50 unbesetzten Bürgermeisterstellen im Bezirk Frankfurt/Oder aus den Reihen aktiver Kreistagsabgeordneter, Mitglieder von Gemeindevertretungen oder Mitarbeiter in den ständigen Kommissionen, die bereits Erfahrungen in der Arbeit der örtlichen Staatsorgane haben, zu besetzen, anstatt sich in erster Linie auf die in den Bezirk geschickten Industriearbeiter zu orientieren oder eine Werbeaktion in den Betrieben vorzunehmen.

Der Bezirk Frankfurt/Oder hat gute Erfolge in der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen. Er stand im vorigen Jahr an erster Stelle in der DDR. Es gibt hervorragende Beispiele der guten Initiative zur Durchführung der Hauptaufgabe auf dem Land, die Erträge auf dem Feld und im Stall schnell zu steigern. So forderte der Kreis Seelow den Kreis Angermünde zum Wettbewerb auf. Das Ziel soll die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge